

VIELFALT VERTEIDIGEN!

RECHTE SICHERN!

RÄUME SCHÜTZEN!



Queerpolitischer Wahlcheck Berlin 2026

Queerpolitische Themen



Sicherheit

Gesundheit

Bildung

**Am 20. September
wählt Berlin eine
neue Regierung.**

Wohnen

LAD
Antidiskriminierung



Community

Beteiligung

Finanzierung



Wir wollten von den Parteien wissen, wie sie sich zu unseren queerpolitischen Themen und Forderungen positionieren.

Zur besseren Vergleichbarkeit haben wir die Parteien gebeten, 26 Fragen aus acht Themenfeldern zunächst mit ja, nein, oder teilweise zu beantworten und ihre Antworten im Anschluss kurz zu begründen.*

So wird auch bei Parteien mit gleichen Positionen sichtbar, aus welcher Perspektive heraus sie argumentieren, welche Maßnahmen sie planen und welche Prioritäten sie dabei setzen.

Welche Vorhaben umgesetzt werden hängt auch davon ab, welche Mehrheiten nach den Wahlen gefunden werden. Für die Wahlentscheidung spielt daher neben der Übereinstimmung mit den eigenen Positionen auch die Einschätzung, welcher Partei man am ehesten zutraut, diese in Koalitions- und Haushaltsverhandlungen am besten zu vertreten, eine wichtige Rolle.

Wie hoffen, dass diese Wahlprüfsteine dabei von Nutzen sind.

Gemeinsam werden wir uns nach den Wahlen politisch dafür einsetzen, dass die hier gesammelten Positionen berücksichtigt und umgesetzt werden.

* Die CDU hat methodische Einwände gegen die Art der Abfrage formuliert. Einzelne Fragen setzten implizit einen Mangel voraus, der aus CDU-Sicht nicht bestehe. Zudem seien konkrete Zusagen wegen der angespannten Haushaltslage nicht zu treffen. Vor diesem Hintergrund hat die CDU bei mehreren Fragen bewusst kein Antwortkreuz gesetzt.

Sicherheit

01 Werden Sie ein Sofortprogramm gegen queerfeindliche Gewalt umsetzen?

Die Linke, die Grünen und die SPD bejahen die Einführung eines Sofortprogramms gegen queerfeindliche Gewalt. Die CDU beantwortet die Frage nicht, will den mit der Landesstrategie eingeschlagenen Weg jedoch fortsetzen.



Die polizeiliche Kriminalstatistik dokumentiert seit Jahren steigende Zahlen im Bereich der queerfeindlichen Hasskriminalität. Ein Sofortprogramm ist notwendig. Die Linke Berlin wird u.a. die bereits in der Initiative für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV) verankerten Maßnahmen sowie die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit umsetzen.



Der Kampf gegen Queerfeindlichkeit hat für uns oberste Priorität. Queere Menschen müssen überall in Berlin frei von Angst leben, und ihre Rechte voll verwirklichen können. Queere Einrichtungen müssen vor Gewalt und Übergriffen geschützt werden. Der schwarz-rote Berliner Senat hat zwar eine Landesstrategie gegen Queerfeindlichkeit. Diese ist allerdings inhaltlich unzureichend, ohneinanzielle Ausstattung und viel zu spät gekommen. Konkrete Maßnahmen müssen in der kommenden Wahlperiode sofort umgesetzt werden. Wir stärken Projekte, die aufklären und Vorurteile abbauen; wir verbessern den Schutz queerer Einrichtungen und erhöhen die Polizeipräsenz bei akuten Bedrohungslagen.



Queere Rechte sind Menschenrechte. Punkt. Gerade die Regenbogenhauptstadt Berlin darf daran keinen Zweifel lassen. Die SPD steht deshalb fest an der Seite der queeren Community. Die zusammen mit der Community erarbeitete Landesstrategie für queere Sicherheit setzen wir konsequent um und statten sie angemessen aus. Den Dialog mit der Community setzen wir fort.



Wir haben mit der Landesstrategie gegen queere Hassgewalt die erste Grundlage für mehr Sicherheit gelegt. Diesen Weg möchte ich weiterverfolgen.

Sicherheit

02 Setzen Sie sich für flächendeckende LSBTIQ+-Ansprechstellen in allen Bezirken bei Polizei und Justiz ein?

Die Linke, die Grünen und die SPD befürworten einen flächendeckenden Ausbau der LSBTIQ+-Ansprechstellen bei Polizei und Justiz. Die CDU hält eine punktuelle Ausweitung für sinnvoll, lehnt eine flächendeckende Ausweitung jedoch ab.



Der Staat darf seine Bürger*innen nicht diskriminieren. Spezielle Ansprechstellen können das Vertrauen queerer Menschen in Verwaltung und Behörden stärken und einen Beitrag dazu leisten, Diskriminierung durch den Staat zu vermeiden und zu bekämpfen. Die entsprechenden Ansprechpersonen können darüber hinaus Hilfen vermitteln, wo diese benötigt werden.



Berlin ist das erste Bundesland, das Ansprechpersonen für LSBTIQ* bei der Polizei und bei der Staatsanwaltschaft eingeführt hat und hat damit eine bundesweite Vorbildwirkung entfaltet. Die Ansprechpersonen machen eine wichtige Arbeit, indem sie queere Opfer von Straftaten gezielt unterstützen und das notwendige Vertrauen in Polizei und Justiz bei der Verfolgung queerfeindlicher Attacken und Gewalt erhöhen. Die Forderung, darüber hinaus weiteres Personal bei Polizei und Justiz für die Belange von LSBTIQ* zu sensibilisieren, sodass es in ganz Berlin Ansprechstrukturen gibt, unterstützen wir ausdrücklich



Berlin ist mit den LSBTIQ+-Ansprechstellen bei Polizei und Staatsanwaltschaft Vorreiterin. Bei den Strafverfolgungsbehörden gibt es bereits hauptamtliche Ansprechpersonen für LSBTIQ+. Wir setzen uns dafür ein, diese Strukturen flächendeckend auszubauen und barrierefreier zu gestalten. Spezialisierte Ermittlungsstrukturen bei Polizei und Staatsanwaltschaft stärken wir gezielt. Das wollen wir ausbauen. Die Zusammenarbeit mit Multiplikatorinnen und Expertinnen der queeren Community wollen wir intensivieren. Hierfür bietet die Berliner Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit die richtigen Ansatzpunkte. Wir wollen sie konsequent umsetzen



Menschen bei Polizei und Justiz werden bereits geschult. Die Ausweitung von Ansprechstellen ist sinnvoll, sollte jedoch punktuell erfolgen

Sicherheit

03 Setzen Sie sich dafür ein, dass verpflichtende Aus- und Fortbildungen bei Polizei und Justiz flächendeckend umgesetzt werden?

Die Linke, die Grünen und die SPD befürworten verpflichtende Aus- und Fortbildungen für Polizei und Justiz. Die CDU lehnt verpflichtende Formate ab und setzt stattdessen auf bestehende Ausbildungsinhalte sowie den punktuellen Ausbau von Anlaufstellen.



Die Anzeigebereitschaft unter queeren Menschen ist nach wie vor zu gering. Das hat nicht nur historische Gründe. Queere Menschen machen auch heute noch Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit Polizei und Justiz. Aus- und Fortbildungen können dabei helfen, Diskriminierung durch Polizei oder Justiz zu bekämpfen



Die Schulung von Polizei und Justiz für die besonderen Bedarfe von LSBTIQ* ist zentral, um Queerfeindlichkeit zu bekämpfen und die queeren Opfer von queerfeindlichen Übergriffen bestmöglich zu schützen und zu unterstützen. Daher ist es notwendig, soweit es in der Praxis der polizeilichen und juristischen Aus- und Weiterbildung nicht bereits erfolgt, queersensible Inhalte in Aus- und Fortbildungen aufzunehmen und verpflichtend zu machen.



Wir stehen für eine Polizei, die respektvoll handelt und die Vielfalt dieser Stadt widerspiegelt. Ihre interkulturelle Kompetenz bauen wir deshalb weiter aus und stärken die Sensibilisierung für Rassismus, Queerfeindlichkeit und geschlechtsspezifische Gewalt in der Aus- und Fortbildung. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sollen im Rahmen von Aus- und Fortbildungen für Vollzugsbeamtinnen der Polizei genauso selbstverständliches Thema sein wie für Staatsanwält*innen.



Es gibt bei der Polizei integrierte Anteile im Studium. Bei der Justiz sind die Fortbildungen freiwillig. Verpflichtende Aus- und Fortbildungen sehe ich kritisch. Ich würde eher die Struktur der Anlaufstellen, wie oben genannt, punktuell ausweiten.

Sicherheit

04 Unterstützen Sie eine verpflichtende, standardisierte Erfassung und Veröffentlichung queerfeindlicher Hasskriminalität (quartalsweise)?

Die Linke und die CDU befürworten eine standardisierte Erfassung und Veröffentlichung queerfeindlicher Hasskriminalität. Die Grünen und die SPD stimmen dem Anliegen nur teilweise zu.



Eine verbesserte Erkenntnisgrundlage zeigt sowohl der Öffentlichkeit als auch der Politik die Notwendigkeit zum Handeln an. Eine entsprechende Forderung erhebt die Partei Die Linke seit vielen Jahren. Dazu gehört, dass queerfeindliche Hasskriminalität von den Behörden auch als solche erkannt wird.



Die konsequente Erfassung und regelmäßige Veröffentlichung queerfeindlicher Taten ist notwendig, um das öffentliche Bewusstsein für deren drastischen Anstieg zu schärfen. Da nur ein Bruchteil der Taten zur Anzeige gebracht werden, müssen neben der polizeilichen Kriminalstatistik auch Opferberatungs- und Meldestellen wie MANEO, L-Support oder das Berliner Register weiterhin durch den Senat finanziert werden. Darüber hinaus gibt es den ‚Berlin Monitor Queerfeindliche Gewalt‘, den wir noch in der letzten Wahlperiode eingeführt haben und der ebenfalls Daten zu queerfeindlichen Einstellungen und Taten erhebt. Wir wollen, dass der Berlin Monitor in der kommenden Wahlperiode eine Dunkelfeldstudie durchführt, damit wir das Ausmaß queerfeindlicher Gewalt in Berlin besser erfassen.



Eine standardisierte und transparente Erfassung queerfeindlicher Hasskriminalität ist Grundlage für wirksame Politik. Berlin erfasst bereits seit Jahren entsprechende Daten und veröffentlicht diese jährlich. Gewalt gegen Frauen, queerfeindliche Übergriffe und andere Formen von Hasskriminalität bekämpfen wir entschlossen. Wir stärken spezialisierte Beratungsstellen und erhöhen die Aufklärungsquoten. Mit dem Berliner Monitoringbericht zu queerfeindlicher Gewalt machen wir regelmäßig queerfeindliche Hasskriminalität sichtbar und messbar. Das ist eine wichtige Grundlage für Maßnahmen für queere Sicherheit.



Sicherheit

05 Werden Sie die Mittel für queere Schutzräume und Notunterkünfte bis 2028 deutlich erhöhen (mind. +50 %)?

Die Linke befürwortet eine Erhöhung der Mittel für queere Schutzräume und Notunterkünfte um mindestens 50 Prozent. Die Grünen und die SPD stimmen nur teilweise zu, die CDU lehnt eine solche Festlegung ab.



Bereits die bisherigen Angebote haben die Bedarfe in der Stadtgesellschaft nicht gedeckt. Zuletzt sind die Bedarfe vor dem Hintergrund von Fluchtbewegungen und Lebenshaltungskostenkrise gestiegen. Die jüngsten Kürzungen, etwa im Bereich der queeren Wohnungslosenhilfe, sind ein Fehler und müssen korrigiert werden. Es braucht mehr Mittel für Schutzräume und Notunterkünfte, nicht weniger



In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, queere Infrastruktur und Safer Spaces insgesamt zu verteidigen, zu sichern und sie zuverlässig zu fördern. Dazu bekennen wir uns ausdrücklich! In unserem Wahlprogramm für Berlin haben wir dabei explizit verankert, dass es bei der Unterbringung von besonders vulnerablen Gruppen wie LSBTIQ* besondere Angebote geben muss, die wir gezielt ausbauen wollen. Angesichts der Haushaltssituation in Berlin werden wir zum aktuellen Zeitpunkt keine Zusage für bestimmte Summen geben können. Das wäre aus unserer Sicht unehrlich.



Die SPD Berlin wird die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit finanziell, personell und strukturell weiter unterfüttern. Auch Anlaufstellen in allen Bezirken sichern wir ab. Zusätzlich schaffen wir mehr Schutzwohnungen und Notunterkünfte



Solch ein Versprechen abzugeben, steht konträr zu allen Prinzipien, die ich an meine politische Arbeit habe. Diese Mittel kann niemand zusagen.

Vergleichende Einordnung der Parteipositionen zum Thema

Sicherheit

Die Positionen zum Thema **Sicherheit** unterscheiden sich vor allem darin, wie verbindlich Maßnahmen formuliert werden, wie weit bestehende Strukturen ausgebaut werden sollen und wie konkret sich die Parteien finanziell festlegen.

Die **Linke** argumentiert aus einer umfassenden staatlichen Schutzpflicht heraus. Sie formuliert weitreichende Ausbau- und Verbindlichkeitsziele, fordert ausdrücklich zusätzliche Mittel und befürwortet bei den Schutzräumen eine deutliche Erhöhung um mindestens 50 Prozent. Offen bleiben konkrete Finanzierungswege und Prioritäten.

Die **Grünen** verstehen Schutz als ressortübergreifende Aufgabe, bei der staatliche Strukturen und Zivilgesellschaft zusammenwirken. Ein besonderes Gewicht legen sie auf die Erfassung auch nicht angezeigtter Gewalt. Bei der Finanzierung bekennen sie sich zur Sicherung queerer Infrastruktur, sagen jedoch konkrete Summen mit Verweis auf die Haushaltslage nicht zu.

Die **SPD** setzt auf institutionelle Kontinuität. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Verstetigung und finanziellen Absicherung bestehender Strukturen und Programme. Bei der Frage nach der quartalsweisen Erfassung von Hasskriminalität und der Miterhöhung für Schutzräume macht sie keine konkreten Zusagen. Umfang und Zielgrößen der angekündigten Maßnahmen bleiben offen.

Die **CDU** verweist auf bestehenden Strukturen und zeigt eine geringere Bereitschaft zu flächendeckenden und verpflichtenden Vorgaben. Bei der Finanzierung vermeidet sie konkrete Zusagen mit Verweis auf den Haushalt.

Gesundheit

01 Werden Sie ein Landesprogramm für queersensible Gesundheitsversorgung einführen?

Die Linke und die Grünen befürworten die Einführung eines Landesprogramms für queersensible Gesundheitsversorgung. Die SPD sagt die Einführung eines eigenen Landesprogramms jedoch nicht ausdrücklich zu. Die CDU beantwortet die Frage nicht und verweist auf das bereits bestehende IGP als Rahmenprogramm.



Queere Menschen berichten nach wie vor von Diskriminierung im Gesundheitswesen. Eine queersensible Gesundheitsversorgung ist wichtig, damit die gesundheitlichen Bedarfe queerer Menschen erkannt und anerkannt werden. Diskriminierung im Gesundheitswesen kann wiederum selbst krankmachen.



Wir wollen einen gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang für LSBTIQ* zur Gesundheitsversorgung in Berlin fest verankern. Dabei geht es uns zum einen darum, flächendeckend queere Gesundheits- und Pflegeangebote zu schaffen und zum anderen queere Perspektiven in Studium und Ausbildung der Sozial- und Gesundheitsberufe zu integrieren.



Wir bringen geschlechtersensible und altersspezifische Medizin voran. Jeder soll die beste Behandlung erhalten. Wir stärken die queer-inklusive Prävention, Gesundheits- sowie Pflegeversorgung. Deshalb stärken wir die queersensible Gesundheitsversorgung, insbesondere für trans Patient*innen und bauen die Aus- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen aus. Gendermedizin fördern wir in Forschung und Ausbildung. Wir werden das Engagement Berlins im Rahmen der 'Fast Track Cities Initiative to End Aids' fortsetzen. Berlin wird seinen Beitrag leisten, die HIV-Pandemie bis 2030 zu beenden, und die Versorgungsstrukturen konsequent auf die Ziele '95-95-95-0' der Vereinten Nationen ausrichten.



Mit dem IGP gibt es bereits ein Rahmenprogramm, welches sich auch an den gesundheitlichen Belangen queerer Personen ausrichtet.

Gesundheit

02 Beinhaltet ein solches Programm die besondere Vulnerabilität von TIN*-Personen?

Alle vier Parteien erkennen die besondere Vulnerabilität von trans, inter und nicht-binären Personen in der Gesundheitsversorgung an.



Trans, inter und nicht-binäre Personen sind in besonderer Weise mit Diskriminierung im Gesundheitswesen konfrontiert. Das betrifft bspw. die korrekte Ansprache oder die ordnungsgemäße Unterbringung auf Zimmern, die ihrem Geschlecht entspricht. Diskriminierung im Gesundheitswesen kann zur Verschlechterung der Gesundheit von Patient*innen beitragen und muss bekämpft werden.



Wir wissen um die besonders vulnerable Situation von TIN*-Personen in der Gesundheitsversorgung und wollen daher, aber nicht nur dort, die Diskriminierung von trans*, inter*, nicht-binären und agender Personen bekämpfen und gezielt queere Angebote stärken.



Bei der queersensiblen Gesundheitsversorgung sind insbesondere TIN* Personen im Fokus. Hier bauen wir die Aus- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen aus.



Gesundheit

03 Setzen Sie sich für den Abbau bürokratischer Hürden bei geschlechtsangleichenden Maßnahmen ein?

Die Linke, die Grünen und die SPD sprechen sich für einen Abbau von Zugangshürden bei geschlechtsangleichenden Maßnahmen aus. Die CDU beantwortet und kommentiert die Frage nicht.



Bürokratie im Zusammenhang mit geschlechtsangleichenden Maßnahmen muss so weit wie möglich vereinheitlicht und minimiert werden. Der Zugang darf weder durch Kosten, noch durch Bürokratie erschwert werden. Das betrifft beispielsweise die Kostenübernahmen oder die Nachweispflichten.



Wir treten dafür ein, die Gesundheitsversorgung für alle trans*, inter*, nicht-binären und agender Personen bedarfsgerecht, diskriminierungsfrei und selbstbestimmt zugänglich zu machen.



Wir setzen uns für den Abbau von Zugangshürden zu allen Angeboten ein. Das schließt bürokratische Hürden bei geschlechtsangleichenden Maßnahmen ausdrücklich ein. Auf Bundesebene unterstützen wir eine konsequente Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes.



Vergleichende Einordnung der Parteipositionen zum Thema

Gesundheit

Unterschiede zeigen sich vor allem bei der Frage, ob für queere Gesundheitsversorgung ein eigenständiges Landesprogramm notwendig ist und wie umfassend die Versorgung strukturell verändert werden soll.

Die **Linke** begründet ihren Ansatz mit Diskriminierungserfahrungen im Gesundheitswesen und fordert einen möglichst barrierearmen Zugang und eine bessere psychotherapeutische Versorgung.

Die **Grünen** verbinden flächendeckende Angebote mit der Verankerung queerer Perspektiven in Ausbildung und Studium.

Die **SPD** ordnet das Thema in eine breitere Gesundheits- und Pflegepolitik ein und verweist auf bestehende beziehungsweise geplante Instrumente wie den Masterplan psychische Gesundheit.

Die **CDU** verweist beim Landesprogramm auf ein bereits bestehendes Rahmenprogramm, ihre Zustimmung zur Verringerung psychotherapeutischer Wartezeiten bleibt allgemein.

Bildung

01 Befürworten Sie die verbindliche Verankerung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in allen Lehrplänen?

Die Linke, die Grünen und die SPD befürworten eine stärkere Verankerung queerer Themen in den Lehrplänen. Die CDU verweist auf die bereits bestehende Verankerung im Rahmenlehrplan.



Bildung gehört zu den wichtigsten Bausteinen für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Die Lehrpläne müssen die gesellschaftliche Realität vermitteln. Im Zusammenhang mit den Rahmenlehrplänen kommt es u.a. darauf an, dass mehr Inhalte im Unterricht verpflichtend werden, die explizit queeres Leben und die Belange von LSBTIQ* zum Thema haben.



Das unterstützen wir ausdrücklich. Darüber hinaus wollen wir, dass alle Berliner Schüler*innen Zugang zu queeren Bildungsangeboten erhalten.“



Bildung muss diskriminierungsfrei sein. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt gehört zum Bildungsauftrag unserer Schulen. Wir sichern einen diskriminierungsfreien Schulalltag und setzen uns für queersensible, rassismuskritische Bildung ein. Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt ist Teil der Menschenrechtsbildung in Schulen.



Im Teil B des Rahmenlehrplans ist dieses bereits verankert.

Bildung

02 Werden Sie verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zu LSBTIQ+ Themen einführen?

Die Linke, die Grünen und die SPD wollen queersensible und diskriminierungskritische Qualifizierungsangebote für pädagogische Fachkräfte stärken. Die CDU lehnt verpflichtende Fortbildungen ab.



Fortbildungen zu LSBTIQ*-Themen dürfen nicht bloß freiwillig sein. Um eine Verpflichtung zu begründen, müssen die Fortbildungsangebote qualitativ hochwertig und praxisnah sein. Die Linke Berlin will daher u.a. die Kürzungen bei der Fachstelle Queerformat rückgängig machen und entsprechende Angebote stärken.



Gerade auch deswegen werden wir die Fachstelle für queere Bildung und die Kompetenzstelle intersektionale Pädagogik weiter in ihrer wichtigen Arbeit unterstützen und sorgen so für bedarfsrechte, qualitätsgesicherte queersensible Fortbildungsangebote.



Wir stärken Schule als Ort der Demokratiebildung. Fortbildungen zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus stärken wir. In die Ausbildung pädagogischer Fachkräfte integrieren wir verpflichtend diskriminierungskritische Module – in allen Entwicklungsstufen. Eine unabhängige Beschwerdestelle für Schulen und Kitas siedeln wir beim Parlament an.



Hier habe ich die gleiche Meinung wie bei Polizei und Justiz.

Bildung

03 Unterstützen Sie flächendeckende Präventions- und Aufklärungsprogramme an Schulen?

Alle vier Parteien befürworten eine Stärkung queerer Bildungs- und Präventionsangebote an Schulen und in der außerschulischen Bildung.



Junge Menschen sind nicht nur über die sozialen Medien tagtäglich mit Queerfeindlichkeit konfrontiert. Statt eines Verbots von Social Media für Jugendliche, braucht es die Stärkung von Präventions- und Aufklärungsangeboten an Schulen. Insbesondere der Besuch queerer Träger an Schulen hat für Schüler*innen einen besonderen Wert. Die unmittelbare Begegnung mit queeren Menschen baut Vorurteile wirksam ab



Die ideologischen Angriffe des schwarz-roten Berliner Senats auf queere Bildung und Bildungsprojekte, die sich gegen Queerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus richten, weisen wir entschieden zurück. Wir halten diese Projekte auch im Sinne der Prävention für zentral, um Akzeptanz, Diskriminierungssensibilität und Respekt unter Schüler*innen zu befördern, und werden sie weiter ausbauen und fest als Angebote an den Berliner Schulen etablieren



In Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung stärken wir queere Bildung, um Hass und Gewalt vorzubeugen. Jede Schule soll künftig ein Anti-Mobbing-Team haben. Wir setzen uns darüber hinaus für den Ausbau multiprofessioneller Teams ein, z.B. durch mehr Stellen für Schulsozialarbeiterinnen, Schulpsychologinnen, pädagogischen Unterrichtshilfen sowie Erzieher*innen. Wir stärken queere Bildung auch für unser demokratisches Miteinander, zur Unterstützung queerer Jugendlicher und Lehrpersonen und als Grundlage zur Prävention von queerfeindlicher Gewalt. Deshalb wollen wir die Fachstellen ebenso stärken und dauerhaft absichern wie die Projekte außerschulischer Bildung und die Peer-to-Peer-Projekte.



Vergleichende Einordnung der Parteipositionen zum Thema

Bildung

Linke, Grüne und **SPD** befürworten eine verbindliche Verankerung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Lehrplänen sowie verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte.

Die **CDU** unterstützt queere Bildungs- und Präventionsangebote, lehnt verpflichtende Fortbildungszusagen mit Verweis auf entsprechende Inhalte im Rahmenlehrplan ab.

Die **Linke** versteht Bildung als zentralen Ansatz für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft.

Die **Grünen** wollen queere Bildungs- und Präventionsangebote dauerhaft an Schulen etablieren und bestehende Fachstellen stärken.

Die **SPD** verbindet queere Bildung mit Demokratiebildung, Anti-Mobbing und dem Ausbau multiprofessioneller Unterstützung an Schulen. Damit geht sie über reine Lehrplanfragen hinaus und bezieht auch die schulischen Rahmenbedingungen ein.

Wohnen

01 Werden Sie ein Förderprogramm für queere Wohnprojekte mit verbindlichem Budget auflegen?

Die Linke, die Grünen und die SPD unterstützen die Förderung queerer Wohnprojekte. Konkrete Förderhöhen oder Budgets nennen weder die Grünen noch die SPD. Die CDU macht keine feste Förderzusage.



Die Linke Berlin hat bisherige queere Wohnprojekte wie das des Rad und Tat e.V. in der Berolina Straße oder den Lebensort Vielfalt an der Schöneberger Linse unterstützt. Die langen Wartelisten solcher Wohnprojekte sprechen dafür, dass der Bedarf nach wie vor hoch ist. Ein entsprechendes Förderprogramm muss die unterschiedlichen Teile der queeren Communities in der Breite adressieren.



Wir werden gezielt Generationen-WGs und Wohnprojekte fördern, ausdrücklich auch für LSBTIQ*. Angesichts der Haushaltssituation in Berlin werden wir zum aktuellen Zeitpunkt keine Zusage für bestimmte Summen bzw. Budgets geben können. Das wäre aus unserer Sicht unehrlich.



Wir wollen queere Wohnprojekte unterstützen und setzen uns dafür ein, dass landeseigene Wohnungsunternehmen LSBTIQ+-sensible Angebote entwickeln.



Auch hier kann ich keine festen Förderzusagen geben.

Wohnen

02 Unterstützen Sie verstärkte Kontrollen und Sanktionen gegen queerfeindliche Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt?

Die Linke, die Grünen und die SPD wollen queerfeindliche Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt stärker bekämpfen und bestehende Schutz- und Beschwerdestrukturen ausbauen. Die CDU beantwortet die Frage nicht.



Die Linke Berlin wird die Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt stärken, um u.a. queerfeindliche Diskriminierung zu bekämpfen. Zu oft wird aus den queeren Communities berichtet, dass Menschen auf dem Wohnungsmarkt Nachteile erleiden, weil sie queer sind oder als queer gelesen werden. Queerfeindliche Diskriminierung muss geahndet werden. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind oftmals schon jetzt gegeben



Der Zugang zu Wohnraum muss für alle Menschen gleichberechtigt gelten. Doch Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt findet immer noch viel zu häufig statt und richtet sich gerade auch gegen queere Menschen. Wir treten queerfeindlicher Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entschieden entgegen und werden den Diskriminierungsschutz weiter ausbauen. Dazu streben wir eine Novellierung und Stärkung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf Bundesebene an und werden die Ausnahmen für den Wohnungsmarkt beenden. Die Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt wollen wir weiter stärken.



Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt bekämpfen wir durch das Landes-Anti-diskriminierungsgesetz und unabhängige Beschwerdestellen. Wir stellen bei den Landeseigenen diskriminierungsfreie Vergabe- und Vermietungsmodelle sicher und denken gendergerechte wie auch inklusive Maßnahmen bei Modernisierungen und Weiterentwicklung des Bestands mit. Außerdem bauen wir die Mietpreisprüfstelle massiv aus und entwickeln sie zur Mietenaufsicht Berlin weiter. Sie soll beraten, verfolgen und sanktionieren. Sie bekämpft künftig auch Wuchermieten und ahndet Verstöße. Die bezirklichen Mieterberatungen entwickeln wir unter ihrem Dach zu regionalen Anlaufstellen weiter. Die Mietenaufsicht erhält eine eigene Ermittlungsgruppe und arbeitet eng mit der Staatsanwaltschaft Berlin zusammen.



Wohnen

03 Werden Sie Unterstützungsangebote für queere Jugendliche und ältere Menschen im Wohnbereich ausbauen?

Die Linke, die Grünen und die SPD befürworten zielgruppenspezifische Wohn- und Unterstützungsangebote für queere Jugendliche und ältere Menschen. Die CDU beantwortet die Frage mit teilweise, ohne ihre Position näher zu erläutern.



Damit die Probleme queerer Jugendlicher und älterer Menschen im Wohnbereich angemessen adressiert werden können, braucht es verschiedene Ansätze. Die queere Wohnungsnotfallhilfe, queere Jugendzentren oder verschiedene Träger aus den queeren Communities können dazu einen Beitrag leisten. Auch queere Wohnprojekte können dabei ein wichtiger Baustein sein.



Wir schaffen queere Orte wie Jugendclubs und Zentren in allen Bezirken, sichern queere Pflegeangebote und fördern Generationen-WGs für queere Menschen. Damit adressieren wir queere Jugendliche wie ältere LSBTIQ*



Wir begrüßen und unterstützen queere Wohnprojekte in Berlin. Auch der Bedarf an queeren Jugendwohngruppen und ähnlichen Angeboten steigt. Für queere ältere Menschen setzen wir uns für Teilhabe, Sichtbarkeit und Selbstbestimmung in Pflege und Wohnen ein. Wir setzen uns für den Ausbau der Kinder- und Jugendfreizeitangebote ein. Diese Orte sind zugleich Schutzräume, etwa für queere Jugendliche. Queere Jugendliche brauchen sichere Orte, an denen sie Respekt erfahren. Deshalb halten wir queere Jugendzentren und bauen sie aus.



Vergleichende Einordnung der Parteipositionen zum Thema

Wohnen

Linke, Grüne und **SPD** befürworten verstärkte Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und wollen Unterstützungsangebote für queere Jugendliche und ältere Menschen ausbauen.

Die **CDU** macht keine festen Förderzusagen und positioniert sich nicht zur Bekämpfung queerfeindlicher Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Die Frage nach zielgruppenspezifischen Angeboten beantwortet sie mit teilweise, begründet ihre Antwort jedoch nicht.

Die **Linke** verbindet den Ausbau queerer Wohnprojekte mit einer Stärkung der Fachstelle gegen Diskriminierung und verweist auf den weiterhin bestehenden, hohen Bedarf.

Die **Grünen** befürworten Generationen-WGs, Wohnprojekte und queere Orte, verzichten wegen der Haushaltssituation jedoch auf verbindliches Budgetzusagen.

Die **SPD** setzt auf queersensible Angebote der landeseigenen Wohnungsunternehmen sowie auf Jugendwohngruppen, Jugendzentren und mehr Teilhabe im Alter. Auch sie bleibt bei der Finanzierung konkreter Projekte offen.

Antidiskriminierung

01 Setzen Sie sich für die Weiterentwicklung und konsequente Anwendung des Antidiskriminierungsrechts ein?

Alle vier Parteien befürworten eine Weiterentwicklung des Antidiskriminierungsrechts.



Die Linke Berlin hat das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) seinerzeit maßgeblich vorangetrieben. Die Linke Berlin wird die LADG-Ombudsstelle personell stärken und ihre Befugnisse ausweiten, dazu zählt u.a. ein unabhängiges Presse- und Initiativrecht. Darüber hinaus hält Die Linke die Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) durch die Bundesregierung für unzureichend. Die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag hat deshalb den Antrag ‚Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken – Diskriminierungsschutz erweitern‘ (Drucksache 21/4538) eingebracht



Das LADG ist eine Berliner Erfolgsgeschichte aus unserer Regierungszeit. Wir wollen es gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln, damit sein Schutz noch umfassender wirksam werden kann. Wir treten dafür ein, weitere Ursachen für Benachteiligung aufzunehmen. Die Fristen für die Geltendmachung finanzieller Ansprüche sollen verlängert und Entschädigungssummen erhöht werden um besser abzuschrecken. Wir wollen die LADG-Ombudsstelle stärken und als unabhängige Behörde aufstellen. Sie soll ein Initiativrecht, ein eigenes Presserecht und eine Berichtspflicht erhalten und um eine unabhängige Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schulen erweitert werden.



Berlin lebt von seiner Vielfalt. Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religionen und Weltanschauungen, unterschiedlichen Alters und sexueller Orientierungen prägen unsere Stadt. Deshalb statten wir die Ombudsstelle des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) mit mehr Rechten aus. Neue Gesetze prüfen wir künftig auf Konformität mit dem LADG und dem LGBG. Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) binden wir frühzeitig ein.



Antidiskriminierung

02 Unterstützen Sie ein verpflichtendes Diversity-Monitoring im öffentlichen Dienst?

Die Linke, die Grünen und die SPD befürworten ein Diversity-Monitoring im öffentlichen Dienst. Die CDU lehnt ein Monitoring unter Verweis auf das informationelle Selbstbestimmungsrecht ab



Ein Diversity-Monitoring ist geeignet, um Chancengleichheit zu garantieren. Der öffentliche Dienst muss die Vielfalt der Stadtgesellschaft abbilden. Das führt am Ende dazu, dass auch Diskriminierung durch den Staat vermieden werden kann.



Das Diversity-Landesprogramm haben wir 2020 eingerichtet, um die Förderung von Vielfalt bei der Personalgewinnung und im Personalmanagement zu stärken. In der Umsetzung durch Schwarz-Rot wurden viele Ziele aber nicht erreicht. Wir Grüne wollen daher einen Neustart des Programms mit Verbindlichkeit für alle Verwaltungen. Dazu gehört auch ein regelmäßiges Monitoring. Zentrale Maßnahmen des Landesprogramms wollen wir gesetzlich verankern. Neben den bisherigen Schwerpunkten soll für die weitere Entwicklung ein neuer Fokus hinzutreten: die diskriminierungsarme Zugänglichkeit von Dienstleistungen der Verwaltung und damit verbundene Maßnahmen der Diskriminierungsprävention.



Wir stärken das Diversity-Landesprogramm und etablieren eine Leitstelle Diversity. Diese soll die Wertschätzung der kulturellen Vielfalt stärken und die Sensibilisierung der Beschäftigten voranbringen. So bekämpft die Verwaltung strukturelle Diskriminierung und schult Beschäftigte verbindlich. Auch die jährlich stattfindende Queere Aktionswoche der Berliner Verwaltung führen wir fort. Wir unterstützen eine geschlechterinklusive Verwaltungssprache.



Die Frage ist, ob dies von allen gewünscht ist. Nämlich, ob Betroffene überhaupt möchten in diesen Statistiken aufzutauchen. Hier geht das informationelle Selbstbestimmungsrecht vor.

Antidiskriminierung

03 Befürworten Sie wirksame Sanktionen bei nachgewiesener queerfeindlicher Diskriminierung?

Alle vier Parteien befürworten Sanktionen bei queerfeindlicher Diskriminierung.



Die Linke Berlin hat das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) seinerzeit maßgeblich vorangetrieben. Die Linke Berlin wird die LADG-Ombudsstelle personell stärken und ihre Befugnisse ausweiten, dazu zählt u.a. ein unabhängiges Presse- und Initiativrecht. Darüber hinaus hält Die Linke die Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) durch die Bundesregierung für unzureichend. Die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag hat deshalb den Antrag ‚Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken – Diskriminierungsschutz erweitern‘ (Drucksache 21/4538) eingebracht.



Das Diversity-Landesprogramm haben wir 2020 auf den Weg gebracht, um die Förderung von Vielfalt bei Personalgewinnung und -management zu stärken. In der Umsetzung durch Schwarz-Rot wurden viele Ziele nicht erreicht, es fehlt an einer senatsübergreifenden Steuerung. Wir wollen daher einen Neustart des Programms mit Verbindlichkeit für alle Verwaltungen und regelmäßigem Monitoring. Zentrale Bausteine wie die Einführung positiver Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichbehandlung wollen wir gesetzlich verankern. Inhaltlich möchten wir das Programm erweitern um die diskriminierungsarme Zugänglichkeit von Dienstleistungen der Verwaltung und damit verbundene Maßnahmen der Diskriminierungsprävention weiter zu stärken.



Wir stärken das Diversity-Landesprogramm und etablieren eine Leitstelle Diversity. Diese soll die Wertschätzung der kulturellen Vielfalt stärken und die Sensibilisierung der Beschäftigten voranbringen. So bekämpft die Verwaltung strukturelle Diskriminierung und schult Beschäftigte verbindlich. Auch die jährlich stattfindende Queere Aktionswoche der Berliner Verwaltung führen wir fort. Wir unterstützen eine geschlechterinklusive Verwaltungssprache.



Vergleichende Einordnung der Parteipositionen zum Thema

Antidiskriminierung

Alle vier Parteien befürworten die Weiterentwicklung und konsequente Anwendung des Antidiskriminierungsrechts sowie wirksame Sanktionen bei nachgewiesener queerfeindlicher Diskriminierung. Die **Linke**, die **Grünen** und die **SPD** befürworten die Einführung eines verpflichtenden Diversity-Monitoring im öffentlichen Dienst, die **CDU** lehnt dies ab.

Die **Linke** will die LADG-Ombudsstelle personell stärken und ihre Befugnisse ausweiten. Dazu zählen unter anderem ein unabhängiges Presse- und Initiativrecht.

Die **Grünen** möchten das LADG novellieren. Sie fordert eine Verlängerung der Verjährungsfrist, höhere Entschädigungszahlungen und die Erweiterung des Merkmalskataloges. Die LADG-Ombudsstelle soll gestärkt und um eine unabhängige Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schulen erweitert werden.

Auch die **SPD** befürwortet die Stärkung der LADG-Ombudsstelle. Neue Gesetze sollen in Zukunft auf Konformität mit dem LADG und dem LGBG geprüft werden. Strukturelle Diskriminierung innerhalb der Verwaltung soll bekämpft und Beschäftigte verbindlich geschützt werden.

Die **CDU** befürwortet die Weiterentwicklung und konsequente Anwendung des LADG sowie Sanktionen bei nachgewiesener Diskriminierung. Konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung nennt sie nicht. Ein verpflichtendes Diversity-Monitoring im öffentlichen Dienst lehnt sie ab. Sie stellt infrage, ob alle Betroffenen eine Erfassung in entsprechenden Statistiken wünschen, und verweist darauf, dass hier das informationelle Selbstbestimmungsrecht Vorrang habe.

Community

01 Werden Sie die Förderung queerer Projekte auf mehrjährige Finanzierung (mind. 3 Jahre) umstellen?

Die Linke, die Grünen und die SPD befürworten verlässlichere und längerfristige Förderstrukturen für queere Projekte. Die CDU lehnt eine Abkehr vom bisherigen Haushaltsprinzip ab.



Die Förderstrukturen sind ein grundsätzliches Problem und müssen vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Wer in kurzfristigen Förderzyklen arbeiten muss, kann sich kaum auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Das ist insbesondere dann ein Problem, wenn Leistungen übernommen werden, die eigentlich der Staat zu erbringen hätte.



Zu Tausenden sind Mitarbeitende sozialer Träger angesichts der Kürzungspolitik von Schwarz-Rot auf die Straße gegangen. Zu Recht! Wir wollen eine andere Haushaltspolitik und verbesserte Bedingungen im Zuwendungsrecht schaffen. Rechtlich sind Zuwendungen bis zu fünf Jahren möglich. Derzeit läuft dazu mit wenigen Trägern ein Modellprojekt. Wir wollen eine rasche Öffnung auf alle infrage kommenden Zuwendungsempfänger*innen, zu denen auch natürlich auch viele queere Projekte gehören. Arbeit im öffentlichen Auftrag muss Gute Arbeit sein!



Berlin hat eine große Vielfalt und Expertise der Projekte und Träger. Trotz angespannter Haushaltslage ist es gelungen, dies zu erhalten. Dazu stehen wir auch weiterhin als SPD. Mit dem Demokratiefördergesetz schaffen wir für die demokratiefördernde Arbeit der Zivilgesellschaft und für die Demokratiebildung einen verlässlichen, gesetzlichen Rahmen. So stellen wir ihre langfristige Finanzierung sicher und stärken die gesellschaftliche Resilienz dauerhaft.



Das Haushaltsrecht sieht vor, dass alle zwei Jahre ein neuer Haushaltsplan aufgestellt wird. Rahmenvereinbarungen, wie das IGP oder das ISP, haben bereits Laufzeiten von fünf Jahren. Das Gebot der Jährig- und Jährlichkeit im Haushalt sollte bestehen bleiben.

Community

02 Unterstützen Sie Maßnahmen zum dauerhaften Erhalt queerer Räume?

Alle vier Parteien sprechen sich für den Erhalt queerer Räume aus.



Queere Räume sind Schutzräume. Sie stiften darüber hinaus Identität und haben einen Mehrwert für die gesamte Gesellschaft. Die Linke Berlin hat in der Vergangenheit Vorschläge zu deren Schutz unterbreitet, etwa ein Sicherungsfonds für queere Räume in Not-situationen, die Entwicklung und Ermöglichung neuer queerer Räume sowie die explizite Berücksichtigung der queeren Community bei der Vergabe von landeseigenen Räumlichkeiten und Flächen.



Aktuell zeigt sich, dass Berlins queere Infrastruktur mit ihren Empowermenträumen, Beratungsstrukturen, Projekten, Kulturorten und Safer Spaces akut bedroht ist. Sei es durch gewaltvolle queerfeindliche Attacken, durch Verdrängung in unseren Kiezen oder durch die ideologische Politik des schwarz-roten Senats, die etwa die queere Bildungsarbeit komplett zerschlagen will. Wir treten dem entschieden entgegen und werden die queere Infrastruktur verteidigen und dauerhaft sichern. Wir setzen einen Aktionsplan gegen Verdrängung von zivilgesellschaftlicher Infrastruktur und Safer Spaces in der ganzen Stadt auf. Das Verschwinden queerer Orte wollen wir so stoppen und neue schaffen. Hier nehmen wir verstärkt auch Immobilien in Landes- und bezirklicher Hand in den Blick.



Wir wollen ein wirksames Landeskonzept zum Erhalt und Schutz queerer Orte. Gerade nicht-kommerzielle Räume für die Community wollen wir sichern. Queere Veranstaltungen in der ganzen Stadt, wie das Lesbisch-Schwule Stadtfest mit dem Regenbogenfonds, werden wir weiter unterstützen.



Community

03 Werden Sie die Mittel für Community-Infrastruktur substanziell erhöhen?

Die Linke und die Grünen beantworten die Frage mit Ja, die SPD mit teilweise, die CDU legt sich mit Verweis auf den Haushalt nicht fest.



Community-Infrastruktur gibt es nicht zum Nulltarif – das gilt insbesondere vor dem Hintergrund steigender Kosten in Bereichen wie Gewerbemieten und Energie. Die Linke Berlin will darüber hinaus aber auch die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, damit kommerzielle queere Räume sich selbst tragen. Deshalb setzt sich Die Linke seit langer Zeit u.a. für einen Gewerbemietendeckel ein.



Wir werden die queere Infrastruktur verteidigen und dauerhaft sichern, langfristig fördern und stärken. Wir wollen einheitliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für LSBTIQ* in allen Bezirken und in der ganzen Stadt. Es darf nicht davon abhängen, wo man als LSBTIQ* in Berlin wohnt, um z. B. Unterstützung beim Coming-out zu erhalten. In jedem Bezirk soll daher mindestens ein queerer Ort in Form eines Zentrums, Jugendclubs oder Familienzentrums entstehen.



Das Entstehen für queere Menschen ist eine gesamtstädtische Aufgabe in allen Senatsverwaltungen. Zentrales Instrument dazu ist der LSBTIQ+ Aktionsplan 2023 (IGSV), dieser wird verbindlich umgesetzt, finanziell abgesichert und fachlich weiterentwickelt, mit besonderem Fokus auf intersektionale Ansätze und Projektvielfalt in allen Bezirken. Wir stehen für die Vielfalt der queeren Angebote in unserer Regenbogenhauptstadt.



Auch hier kann keine seriöse Aussage getätigt werden, da niemand eine Voraussage treffen kann, welche Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen.

Vergleichende Einordnung der Parteipositionen zum Thema

Community

Beim dauerhaften Erhalt queerer Räume besteht grundsätzliche Zustimmung. Die Positionen unterscheiden sich hinsichtlich der Förderungsdauer, der Höhe der zusätzlichen Mittel und bei der Frage, wie stark der Staat die Infrastruktur strukturell absichern soll. **Linke** und **Grüne** befürworten mehrjährige Förderungen, die **SPD** nur teilweise. Die **CDU** lehnt eine Umstellung auf mindestens dreijährige Förderungen ab.

Die **Linke** beschreibt queere Räume als Schutz- und Identitätsorte und fordert sowohl verlässlichere Förderstrukturen als auch zusätzliche Mittel.

Die **Grünen** verbinden mehrjährige Förderung mit einem Aktionsplan gegen die Verdrängung zivilgesellschaftlicher Infrastruktur und wollen in jedem Bezirk queere Orte sichern oder schaffen; konkrete Summen nennen sie nicht.

Die **SPD** setzt auf einen gesetzlichen Rahmen für Demokratieförderung sowie auf die finanzielle und fachliche Absicherung des bestehenden Aktionsplans. Bei einer substanziellen Mittelerhöhung bleibt sie zurückhaltend.

Die **CDU** bejaht den Erhalt queerer Räume, macht zur Infrastrukturfinanzierung aber keine konkrete Zusage. Damit bleibt ihre Position zur materiellen Ausgestaltung der Community-Strukturen offen.

Beteiligung

01 Unterstützen Sie die Einrichtung verbindlicher Beteiligungsstrukturen mit festen Anhörungsrechten?

Die Linke und die Grünen wollen die verbindliche Beteiligung queerer Communities an politischen Prozessen stärken. Die SPD verweist auf bestehende Beteiligungsformate und stimmt nur teilweise zu. Die CDU sieht die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten als ausreichend an.



Die Linke Berlin fordert, die bestehenden Formen queerer Repräsentation weiterzuentwickeln. Dazu wird Die Linke Berlin die Einrichtung eines queerer Beirats auf Landesebene vorantreiben. Dieser muss mit gesetzlich verankerten Beratungs- und Anhörungsrechten ausgestattet sein.



Wir wollen, dass die Berliner queeren Communities politisch dauerhaft beteiligt werden und beispielsweise wirksam bei der Konzeption, Weiterentwicklung und Umsetzung des Berliner Aktionsplans der Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV) eingebunden werden.



Die Erarbeitung der Landesstrategie gegen queerfeindliche Gewalt und für queere Sicherheit hat gezeigt, wie die Community intensiv in ihrer Breite und auf Augenhöhe beteiligt werden kann. Die Maßnahmen sind aus dem Runden Tisch und den zahlreichen Arbeitsgruppen entstanden. Mitgestaltung ist für uns Voraussetzung für wirksame Politik. Und danach ist es Aufgabe der Politik, diese mit Leben zu füllen.



Diese sind jetzt schon gegeben.

Beteiligung

02 Werden Sie einen jährlichen Fortschrittsbericht zur LSBTIQ+-Politik vorlegen?

Die Linke und die SPD befürwortet einen unabhängigen jährlichen Fortschrittsbericht zur Berliner Queerpolitik, die Grünen stimmen grundsätzlich zu, wollen aber den Turnus mit der Community abstimmen, die CDU beantwortet die Frage nicht.



Damit die Berliner Queerpolitik weiterentwickelt werden kann, muss die Stadtgesellschaft über Fortschritte und Rückschritte informiert werden. Ein entsprechender Bericht muss unabhängig verfasst werden. Ein queerer Beirat auf Landesebene kann diese Aufgabe erfüllen.



Der bisherige Fortschrittsbericht für die Berliner LSBTIQ*-Politik ist der Umsetzungsbericht zur Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV), bei dem alle Senatsverwaltungen und Bezirke über die konkrete Verwirklichung der Ziele der IGSV Rechenschaft ablegen. Der letzte Bericht ist von 2021. Es ist dringend an der Zeit, einen regelmäßigen Umsetzungsbericht zu erstellen. Dieser muss regelmäßig erscheinen und offen und transparent über die Arbeit der Verwaltung informieren. Aus Erfahrung wissen wir, dass diese Berichte sehr aufwendig sind und viele Ressourcen binden. Welcher Turnus daher sinnvoll ist, werden wir gemeinsam mit der Community diskutieren. Uns erscheint eine regelmäßige Berichterstattung zu den Haushaltsberatungen naheliegend.



Den LSBTIQ+-Aktionsplan 2023 setzen wir konsequent um, entwickeln ihn weiter und sichern ihn finanziell ab. Er wird regelmäßig evaluiert.



Das müsste Gegenstand der nächsten Koalitionsvereinbarung sein.

Beteiligung

03 Befürworten Sie ein öffentlich zugängliches Monitoring (z. B. Online-Dashboard)?

Alle vier Parteien befürworten ein öffentlich zugängliches Monitoring queerpolitischer Maßnahmen beziehungsweise queerfeindlicher Gewalt.



Wir gehen davon aus, dass hier ein öffentlich zugängliches Monitoring queerfeindlicher Gewalt gemeint ist und befürworten dies aus den oben bereits genannten Gründen selbstverständlich.



Das halten wir für richtig.



Der regelmäßige Umsetzungsstand zur IGSV ist öffentlich. Dafür setzen wir uns auch weiterhin ein. Außerdem wollen wir ein Onlineportal etablieren, das die Angebote in der Stadt besser erreichbar macht. Denn: Sichtbarkeit schützt. Solidarität stärkt.



Vergleichende Einordnung der Parteipositionen zum Thema

Beteiligung

Alle Parteien erkennen die Bedeutung von Beteiligung beziehungsweise Transparenz an, unterscheiden sich aber beim Grad der Verbindlichkeit und bei der institutionellen Ausgestaltung.

Die **Linke** fordert feste Beratungs- und Anhörungsrechte sowie einen unabhängigen Bericht.

Die **Grünen** wollen die Community dauerhaft einbinden. Beim Turnus der Berichterstattung legen sie sich wegen des damit verbundenen, hohen Aufwands nicht fest.

Die SPD verweist auf Beteiligung bei der Erarbeitung der Landesstrategie und auf die regelmäßige Evaluation des Aktionsplans.

Die CDU hält bestehende Beteiligungsstrukturen für ausreichend und verweist einen jährlichen Fortschrittsbericht in künftige Koalitionsverhandlungen.

Finanzierung

01 Werden Sie die notwendigen Maßnahmen verbindlich im Landeshaushalt verankern?

Die Linke, die Grünen und die SPD befürworten die verbindliche Verankerung im Landeshaushalt. Die CDU beantwortet die Frage nicht.



Queerpolitik kostet Geld. Die entsprechenden Ausgaben dafür müssen im Haushalt abgebildet werden. Die Linke Berlin tritt dafür ein, dass die Ausgaben für die IGSV und Projekte mit LSBTIQ*-Bezug erhöht werden.



Wir werden sie im Landeshaushalt verankern, wobei wir die Verbindlichkeit auf zwei Wegen erhöhen wollen: Zum einen durch die Möglichkeit, überjährige Förderungen zu schaffen, wie hier unter Frage 6.1 beschrieben. Zum anderen wollen wir ein Landesdemokratiefördergesetz für Berlin, indem auch die queeren Förderbereiche mitsamt ihren Aufgaben und Zielen eine gesetzliche Grundlage erhalten.



Den LSBTIQ+-Aktionsplan 2023 setzen wir konsequent um, entwickeln ihn weiter und sichern ihn auf parlamentarischer Ebene finanziell ab. Die zusammen mit der Community erarbeitete Landesstrategie für queere Sicherheit setzen wir konsequent um und statten sie angemessen aus. Auch Anlaufstellen in allen Bezirken sichern wir ab.



Mit der LADS sind diese bereits verbindlich im Haushalt verankert. Alle weiteren Verankerungen, die vielleicht gewünscht sind, können NICHT!!! seriös jetzt schon benannt werden.

Finanzierung

02 Unterstützen Sie einen transparenten Finanzierungsplan mit jährlicher Fortschreibung?

Die Linke und die Grünen antworten mit Ja. Die SPD unterstützt planbare Finanzierungsstrukturen grundsätzlich, verweist jedoch auf die bestehenden haushaltsrechtlichen und parlamentarischen Verfahren. Die CDU beantwortet die Frage nicht.



Ausgaben müssen transparent geplant und mit der Stadtgesellschaft diskutiert werden. Die Linke Berlin hat das mit Blick auf den Landeshaushalt und die queeren Communities getan. Bisherige Gesprächs- und Beteiligungsformate wird Die Linke unbedingt beibehalten.



Schon bisher haben wir in den Haushaltsberatungen immer auf maximale Transparenz gedrungen, um die Finanzierung aller queeren Projekte transparent darzustellen – und zwar für die beiden Jahre des jeweiligen Doppelhaushalts. Das werden wir selbstverständlich fortsetzen. Die queeren Communities in Berlin haben ein Recht darauf zu erfahren, was sich hinter den im Haushalt eingestellten Fördersummen konkret verbirgt und welche Projekte in welcher Höhe für welchen Zeitraum konkret gefördert werden.



Planbare Finanzierungsstrukturen sind ein zentrales Ziel. Die Vorgaben des Landeshaushalts mit seinen parlamentarischen Verfahren sind dafür ausschlaggebend.



Ich unterstütze grundsätzlich eine verlässliche Haushaltsplanung.

Vergleichende Einordnung der Parteipositionen zum Thema

Finanzierung

Der grundsätzlichen Forderung, queerpolitische Maßnahmen im Haushalt abzubilden, stimmen **Linke, Grüne** und **SPD** zu. Die **CDU** verweist auf die bereits bestehende Verankerung der LADS, verbindliche Zusagen macht sie nicht.

Die **Linke** fordert höhere Ausgaben für die IGSV und LSBTIQ+-bezogene Projekte und will die Haushaltsplanung mit der Stadtgesellschaft diskutieren.

Die **Grünen** wollen die Verbindlichkeit unter anderem durch überjährige Förderungen und ein Landesdemokratiefördergesetz erhöhen; sie verlangen eine nachvollziehbare Darstellung von Summen, Laufzeiten und geförderten Projekten.

Die **SPD** setzt auf die parlamentarische finanzielle Absicherung des Aktionsplans und der Landesstrategie, ordnet die konkrete Planung aber in die Verfahren des Landeshaushalts ein. Ein jährlich fortzuschreibender Finanzierungsplan wird nur teilweise unterstützt.

Die **CDU** bekennt sich allgemein zu verlässlicher Haushaltsplanung, nennt aber keine Maßnahmen, Summen oder Prioritäten.

Gesamtbetrachtung

Die **Linke** nimmt soziale Gerechtigkeit, Gleichbehandlung und Teilhabe zum normativen Ausgangspunkt ihrer Positionen, die daraus abgeleiteten Maßnahmen sollen die Durchsetzung dieser Ansprüche gewährleisten. Aus dieser Haltung heraus ist die Finanzierung dieser Politik eine Frage politischer Prioritätensetzung. Das politisch Gebotene soll bestimmen, welche Mittel mobilisiert und wie sie verteilt werden sollen. In welchem Verhältnis die geforderten Maßnahmen zu anderen Ausgaben stehen und wie voraussetzungsreich die Realisierung wäre, wird in den Antworten nicht thematisiert.

Die **Grünen** beziehen die Bedingungen der Umsetzung stärker in ihre Positionen ein. Ihre Antworten benennen häufig konkrete Instrumente, Verfahren und Voraussetzungen und markieren zugleich die Grenzen dessen, was vor der Wahl zugesagt werden kann. Finanzielle Spielräume erscheinen dabei weder als unveränderliche Vorgabe noch als nachgeordnete Frage, sondern als Teil der politischen Abwägung darüber, wie Ziele praktisch und verlässlich umgesetzt werden können.

Auch die **SPD** verbindet ihre Politik mit Zielen sozialer Teilhabe und Gleichstellung, setzt dabei aber stärker auf institutionelle Weiterentwicklung. Sie knüpft an bestehende Strategien, Programme und Zuständigkeiten an und zielt auf deren Verstetigung und Ausbau. Politischer Fortschritt wird damit vor allem als schrittweise Weiterentwicklung und Absicherung bestehender Strukturen beschrieben.

Bei der **CDU** steht die Frage im Vordergrund, welche zusätzlichen Verpflichtungen das Land angesichts begrenzter finanzieller Mittel eingehen kann. Die angespannte Haushaltslage erscheint in den Antworten als vorgegebene Grenze und weniger als Ergebnis politischer Entscheidungen über Einnahmen, Ausgaben und Prioritäten. Wo mit Verweis darauf keine Position zur Ausweitung von Maßnahmen oder Verstetigung von Förderungen bezogen wird, bleibt deshalb offen, welchen Stellenwert die CDU diesen Vorhaben in der politischen Abwägung einräumt.

Die Schlussfolgerungen beziehen sich auf die untersuchten Antworten der Parteien auf unsere Wahlprüfsteine, nicht auf deren gesamte Programmatik.